

In einem durchgesickerten geheimen CIA-Memorandum wird untersucht, wie die weitere Beteiligung der kriegsmüden Europäer an dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in Afghanistan gesichert werden könnte.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 087/10 – 31.03.10



Sonder-Memorandum der CIA Red Cell

11.03.10

(<http://file.wikileaks.org/file/cia-afghanistan.pdf>)

Afghanistan: Sicherung der Unterstützung Westeuropas für den NATO-Einsatz – Warum man sich nicht auf die Apathie der Westeuropäer verlassen sollte (C//NF)

[Wir drucken eine Übersetzung der in WikiLeaks veröffentlichten Teile des Memorandums der CIA Red Cell ab, das der Director of Intelligence (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Director_of_National_Intelligence) in Auftrag gegeben hat. C//NF ist eine Abkürzung für "Confidential / not for foreign eyes" und heißt: Vertraulich, soll nicht von Ausländern eingesehen werden. Bei den Textstellen, die mit dieser Abkürzung gekennzeichnet sind, scheint es sich um Originalzitate aus dem CIA-Memorandum zu handeln.]

Das Auseinanderbrechen der niederländischer Regierung, das erfolgte, weil man sich nicht über den weiteren Einsatz niederländischer Soldaten in Afghanistan verständigen konnte, zeigt wie brüchig die Unterstützung des ISAF-Einsatzes der NATO durch die Europäer ist. Einige NATO-Staaten, besonders Frankreich und Deutschland, konnten sich bisher auf die Apathie der Öffentlichkeit in Bezug auf Afghanistan verlassen, als sie ihre Anteile an dem Einsatz immer mehr ausweiteten; aber die Teilnahmslosigkeit [der Bevölkerung] könnte sich in aktiven Widerstand verwandeln, wenn die Kämpfe im Frühjahr und Sommer eine erhöhte Anzahl militärischer und ziviler Opfer fordern und die in den Niederlanden geführte Diskussion auch auf die anderen Staaten, die Truppen für Afghanistan stellen, übergreift. Die Red Cell [eine Spezialabteilung der CIA für Langzeitanalysen, die nach dem 11.09.2001 eingerichtet wurde, s. <https://www.cia.gov/offices-of-cia/intelligence-analysis/history.html>] lud einen CIA-Experten für strategische Kommunikation und Analytiker der öffentlichen Meinung aus dem Bureau of Intelligence and Research / INR [dem Büro für Geheimdienstinformationen und Nachforschungen] des Außenministeriums ein, nach Möglichkeiten zu suchen, wie dem Afghanistan-Einsatz in der Politik Frankreichs, Deutschlands und anderer westeuropäischer Staaten höhere Priorität verschafft werden könnte. (C//NF)

Wegen der Apathie der Öffentlichkeit konnten die Regierenden die Wähler bisher ignorieren ... (C//NF)

Wegen des geringen öffentlichen Interesses an dem Afghanistan-Einsatz konnten die französische und die deutsche Regierung die Opposition aus der Bevölkerung ignorieren und ihre Truppen-Kontingente in der International Security Assistance Force / ISAF immer weiter erhöhen. Berlin und Paris stellen zurzeit den dritt- und viertgrößten Anteil der ISAF-Streitkräfte, obwohl nach einer im Herbst durchgeführten INR-Umfrage 80 Prozent der deutschen und der französischen Befragten gegen eine weitere Aufstockung der ISAF-Kontingente waren.

- Nur ein Bruchteil (0,1-1,3 Prozent) der französischen und deutschen Befragten stufen in der gleichen Umfrage "Afghanistan" als das dringendste Problem ihres Landes ein. Nach Umfragen, die der German Marshall Fund / GMF [s. http://de.wikipedia.org/wiki/German_Marshall_Fund] während der letzten beiden Jahre durchführen ließ, misst die Bevölkerung beider Länder "der Stabilisierung Afghanistans" unter den Aufgaben der Regierungen der USA und Europas mit die geringste Bedeutung bei.
- Nach der INR-Umfrage vom Herbst 2009 wurde die Ansicht, der Afghanistan-Einsatz sei eine Verschwendung von Ressourcen und "nicht unser Problem", von den deutschen Befragten als häufigster Grund für die Ablehnung der ISAF-Mission genannt, von den französischen Befragten als zweithäufigster Grund. Die Einstellung "nicht unser Problem" zeigt, dass sich die meisten Wähler bisher kaum für die Entsendung von Truppen interessieren. (C//NF)

... Bei höheren Verlusten könnte der Widerstand wachsen (C//NF)

Wenn es tatsächlich zu dem von einigen vorhergesagten blutigen Sommer in Afghanistan kommt, könnte die passive Missbilligung der Beteiligung ihrer Soldaten [am Afghanistan-Einsatz] bei Franzosen und Deutschen in aktiven und politisch wirksamen Widerstand umschlagen. Der Ton der bisherigen Debatte lässt vermuten, dass bei einer Zunahme der französischen und deutschen Verluste oder der Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung aus der bisher passiven Opposition energisch vorgetragene Forderungen nach einem sofortigen Abzug [aus Afghanistan] erwachsen könnten. (C//NF)

Die [beachtlichen] französischen und deutschen Beiträge zu den NATO-Truppen haben bis jetzt einen überstürzten Abzug verhindert, aber die Angst der Regierenden vor Rückschlägen bei regionalen Wahlen im Frühjahr könnte sie daran hindern, weiteren Truppenverstärkungen und Einsatzverlängerungen zuzustimmen, weil ihnen der politische Preis, den sie dafür zahlen müssten, zu hoch wäre. Das Auseinanderbrechen der niederländischen Regierung aus innenpolitischen Gründen könnte für Politiker anderer Länder zum Präzedenzfall werden und sie veranlassen, eher "auf die Wähler zu hören". Die französische und die deutsche Regierung haben sich in den beiden letzten Jahren von der wachsenden Opposition nicht beirren lassen, aber ihre Beeinflussbarkeit könnte jetzt zugenommen haben.

- Zur Unterstützung seiner Politik ließ Staatspräsident Sarkozy, nachdem im August 2008 zehn französische Soldaten umgekommen waren, die Nationalversammlung – deren Einverständnis für den ISAF-Einsatz überhaupt nicht erforderlich ist – über das französische Afghanistan-Engagement abstimmen. Seine Regierung errang einen deutlichen Abstimmungssieg, und Sarkozy konnte damit eine potenzielle Krise entschärfen und erhielt gleichzeitig Rückendeckung für die Entsendung 3.000 zusätzlicher Soldaten [nach Afghanistan]. Sarkozys Position könnte jedoch durch einen erneuten Anstieg der Verluste geschwächt werden; seine Partei muss sich im März Regionalwahlen stellen, und die bereits geringe Unterstützung für den ISAF-Einsatz ist nach der INR-Umfrage vom Herbst 2009 seit März 2009 um ein Drittel gesunken.
- Die politischen Folgen des von einem deutschen Offizier im September 2009 befohlenen Luftangriffs bei Kunduz, bei dem Dutzende afghanischer Zivilisten getötet wurden, erhöhte den potenziellen Druck, der wegen des deutschen Einsatzes in Afghanistan von der Öffentlichkeit auf die deutsche Regierung ausgeübt wird. Die Befürchtung möglicher Auswirkungen des Afghanistan-Problems auf die im Mai statt-

findenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen könnte Kanzlerin Merkel – die bereits ihren Unwillen bekundet hat, in Afghanistan noch mehr politisches Kapital zu investieren – noch stärker zögern lassen, den deutschen Beitrag zur ISAF auszuweiten oder sogar aufrechtzuerhalten. (C//NF)

Durch gezielte Berichterstattung könnte ein Anwachsen des öffentlichen Widerstandes verhindert oder wenigstens eingedämmt werden (C//NF)

Die Bevölkerung westeuropäischer Länder könnte eher bereit sein, im kommenden Frühjahr und Sommer größere militärische und zivile Verluste [in Afghanistan] hinzunehmen, wenn es gelänge, einleuchtende Zusammenhänge zwischen den in Afghanistan verfolgten Zielen und den eigenen Bedürfnissen herzustellen. Ein konsequent durchgeführtes und ständig wiederholtes strategisches Beeinflussungsprogramm über das [positive] Wirken der NATO-Truppen, das auf spezielle Bedürfnisse des typischen westeuropäischen Publikums ausgerichtet ist, könnte verhindern, dass sich die heutige Teilnahmslosigkeit in heftige Opposition gegen die ISAF-Mission verwandelt, und den Politikern größeren Spielraum für ein noch stärkeres Engagement in Afghanistan verschaffen. (C//NF)

Die Franzosen sind um Zivilisten und Flüchtlinge besorgt

In Frankreich sollte verstärkt die Botschaft verbreitet werden, dass die afghanischen Zivilisten von dem ISAF-Einsatz profitieren, und mit Beispielen über konkrete Verbesserungen für die Bevölkerung ließe sich die Opposition gegen den ISAF-Einsatz vielleicht umkehren oder mindestens eindämmen. Solche maßgeschneiderten Nachrichten kämen den Sorgen der Franzosen um das Wohl der Zivilisten und Flüchtlinge entgegen. Diejenigen, die in der INR-Umfrage vom Herbst 2009 den ISAF-Einsatz begrüßten, nannten als Grund dafür meistens, dass er der afghanischen Bevölkerung Hilfe bringe, während Gegner vor allem befürchteten, der Einsatz schade der Bevölkerung. Die Entkräftung der Annahme, "die ISAF schadet mehr, als sie nützt" ist besonders wichtig für die Muslime in der französischen Bevölkerung.

- Das Hervorheben der breiten Unterstützung der ISAF durch die Afghanen könnte deren positiven Einfluss auf die Zivilisten unterstreichen. Nach einer im Dezember 2009 im Auftrag der Sender ABC, BBC und ADR durchgeführten repräsentativen Umfrage befürworteten etwa zwei Drittel der Afghanen die Anwesenheit der ISAF-Truppen in ihrem Land. Nach der INR-Umfrage vom Herbst 2009 waren die 48 Prozent der französischen und die 52 Prozent der deutschen Befragten, die glaubten, die Afghanen lehnten den ISAF-Einsatz mehrheitlich ab, auch eher geneigt, einer Beteiligung an dem Einsatz zu widersprechen.
- Umgekehrt könnten dramatisierte Nachrichten über mögliche nachteilige Folgen eines ISAF-Misserfolgs für die afghanische Bevölkerung bei den Franzosen und anderen Westeuropäern Schuldgefühle wecken, die verhindern, dass man die Afghanen im Stich lässt. Die Aussicht, die Taliban könnten die hart erkämpften Fortschritte bei der schulischen Ausbildung von Mädchen wieder beseitigen, könnte die Franzosen empören und Frankreichs größtenteils weltlich eingestellte Öffentlichkeit dazu bringen, durch wachsende Verluste hervorgerufene Bedenken gegen den Afghanistan-Einsatz zurückzustellen.
- Die in den Medien ausgetragene Kontroverse über die Ende des Jahres 2009 von der Pariser Regierung verfügte Ausweisung zwölf afghanischer Flüchtlinge lässt den Schluss zu, dass Geschichten über die Not afghanischer Flüchtlinge das Mitgefühl der französischen Öffentlichkeit wecken werden. Die französische Regierung

hat bereits dem Kampf gegen den Menschenhandel in Afghanistan Vorrang eingeräumt und würde wahrscheinlich eine Informationskampagne unterstützen, die herausstreicht, dass ein Misserfolg der NATO in Afghanistan eine Flüchtlingskatastrophe auslösen könnte. (C//NF)

Die Deutschen regen sich vor allem über die Kosten auf und stellen den ISAF-Einsatz grundsätzlich in Frage

Deutsche Gegner des ISAF-Einsatzes kritisieren den Afghanistan-Krieg als Verschwendung von Mitteln und sehen ihn nicht als deutsches Problem an; nach der INR-Umfrage vom Herbst 2009 lehnen viele ihn sogar grundsätzlich ab. Ein Teil der deutschen Opposition gegen den ISAF-Einsatz könnte durch spürbare Fortschritte im Bodenkampf, durch Warnungen vor den potenziellen Folgen einer Niederlage für Deutschland und durch häufiges Betonen der Bedeutung Deutschlands, das man als wertvollen Partner bei dieser wichtigen NATO-Mission brauche, besänftigt werden.

- Durch Herausstreichen des Widerspruchs zwischen der pessimistischen Einschätzung der ISAF durch die Deutschen und dem Optimismus der Afghanen hinsichtlich der durch die Mission erzielten Fortschritte könnte die Behauptung von Skeptikern entkräftet werden, der Einsatz sei eine unnötige Verschwendung von Mitteln. Die im Auftrag der Sender ABC, BBC und ADR durchgeführte Umfrage ergab auch, dass 70 Prozent der Afghanen dachten, ihr Land bewege sich in die richtige Richtung und die Zustände würden sich 2010 verbessern, während eine 2009 durchgeführte GMF-Umfrage ergab, dass etwa der gleiche Prozentsatz der befragten Deutschen die Möglichkeiten zur Stabilisierung Afghanistans eher pessimistisch einschätzte.
- Mit Nachrichten, in denen die dramatischen Folgen einer NATO-Niederlage besonders für Deutschland betont werden, könnte man der weit verbreitete Meinung entgegenzutreten, dass Afghanistan nicht Deutschlands Problem sei. Zum Beispiel könnten Berichte, die illustrieren, dass ein Misserfolg in Afghanistan die Bedrohung Deutschlands durch den Terrorismus und den Rauschgifthandel vergrößern und den Zustrom von Flüchtlingen erhöhen würde, helfen, auch Sceptiker von der Notwendigkeit des Krieges zu überzeugen.
- Die Betonung der multilateralen und humanitären Aspekte der ISAF-Mission könnte helfen, die Abneigung der Deutschen gegen jede Art von Krieg zu überwinden, indem man an ihr Bedürfnis appelliert, sich an internationale Hilfsaktionen zu beteiligen. Trotz ihrer Allergie gegen bewaffnete Auseinandersetzungen waren die Deutschen bereit, sich auf einen Präzedenzfall einzulassen, als sie sich in den 1990er Jahren an der Gewaltanwendung auf dem Balkan beteiligten, um ihren Verpflichtungen gegenüber den NATO-Verbündeten nachzukommen. In der INR-Umfrage vom Herbst 2009 haben deutsche Befragte die Hilfe für ihre Verbündeten als einen der zwingendsten Gründe für die Unterstützung der ISAF-Mission genannt.

Appelle des Präsidenten Obama und Bitten afghanischer Frauen könnten nützlich sein (C//NF)

Das Vertrauen der französischen und deutschen Bevölkerung in der Fähigkeit des Präsidenten Obama, außenpolitische Probleme im Allgemeinen und das Afghanistan-Problem im Besonderen lösen zu können, lässt die Annahme zu, dass die Menschen sehr empfänglich für eine direkte Ansprache des Präsidenten wären, in der er die Bedeutung beider Länder für die ISAF-Mission betont und seine Enttäuschung über Verbündete ausdrückt, die nicht helfen wollen. (Anmerkung 1: Die Enttäuschung der Europäer über das Fernblei-

ben des Präsidenten beim EU-Gipfel und Kommentare, die aus seiner Abwesenheit schlossen, dass ihm Europa nicht viel bedeute, lassen vermuten, dass die Europäer aus Sorge um gute Beziehungen zu Washington bereit sein werden, auch weiterhin zum Gelingen der ISAF-Mission beizutragen. (C//NF)

- Nach einer GMF-Umfrage im Juni 2009 waren etwa 90 Prozent der französischen und deutschen Befragten von den außenpolitischen Fähigkeiten des Präsidenten überzeugt. Die gleiche Umfrage ergab, dass 82 Prozent der französischen und 74 Prozent der deutschen Befragten auch überzeugt davon waren, dass der Präsident Afghanistan stabilisieren kann, wobei das lange Warten auf die neue US-Strategie und die Truppenverstärkungen dieses Vertrauen etwas erschüttert haben könnte.
- In der gleichen Umfrage stieg die Zustimmung der Befragten zu Truppenverstärkungen für Afghanistan dramatisch an, als sie darin erinnert wurden, dass Präsident Obama selbst darum gebeten hatte – bei den Befragten in Frankreich von 4 auf 15 Prozent und bei den Befragten in Deutschland von 7 auf 13 Prozent. Die Prozentsatz ist zwar noch relativ niedrig, er zeigt aber, dass man einen in Europa so beliebten Präsidenten nicht gern enttäuschen möchte. (C//NF)

Afghanische Frauen könnten ideale Botschafterinnen für die Unterstreichung der humanitären Aspekte der ISAF-Mission im Kampf gegen die Taliban sein; diese Frauen können persönlich und glaubwürdig über ihre Erfahrungen unter der Talibanherrschaft, ihre Sehnsüchte für die Zukunft und ihre Ängste vor einem Sieg der Taliban informieren. Durch öffentlichkeitswirksame Auftritte in den Medien sollten afghanische Frauen die Möglichkeit erhalten, den Frauen in Frankreich, Deutschland und in anderen europäischen Ländern ihre Erlebnisse mitzuteilen, und durch ihre Überzeugungskraft mithelfen, die unter den Frauen in Europa vorherrschende Skepsis gegenüber der ISAF-Mission zu überwinden.

- Nach der INR-Umfrage vom Herbst 2009 unterstützen in Frankreich 8 Prozent weniger Frauen als Männer den ISAF-Einsatz, in Deutschland sind es sogar 22 Prozent weniger Frauen als Männer.
- Auftritte afghanischer Frauen in den Medien wären wahrscheinlich am wirkungsvollsten in Programmen, die vor allem Frauen ansprechen. (C//NF)

[Wir haben den Text aus WikiLeaks komplett übersetzt und mit wenigen Hinweisen und Links in ausnahmsweise eckigen Klammern versehen. Die Zusätze in runden Klammern wurden aus dem Originaltext übernommen. Das Memorandum enthält zwar keine unbedingt neuen Fakten, weil die CIA ohnehin für ihre schmutzigen Tricks und kriminellen Machenschaften bekannt ist. Trotzdem verblüfft die Skrupellosigkeit, mit der versucht wird, handfeste US-Interessen anderen Ländern als deren eigene unterzujubeln. Das Beeinflussungsprogramm, das die CIA zur Indoktrination – vor allem der Franzosen und Deutschen – vorschlägt, macht nur dann Sinn, wenn die US-Geheimdienste sichere Zugänge zu den europäischen Leitmedien haben und in allen wichtigen Zeitungen und Sendern über verlässliche Multiplikatoren verfügen, die ihre manipulierten und manipulierenden Nachrichten auch wirklich unters Volk bringen. Wie viele ehemalige Austauschstudenten/innen und ehemalige USA-Korrespondenten/innen, die heute als Redakteure/innen und Moderatoren/innen arbeiten, stehen wohl aus dem einen oder anderen Grund in Diensten der CIA oder einer ihrer Tarnorganisationen? Anschließend drucken wir den Originaltext ab.]

CIA Red Cell

A Red Cell Special Memorandum

11 March 2010

Afghanistan: Sustaining West European Support for the NATO-led Mission – Why Counting on Apathy Might Not Be Enough (C//NF)

The fall of the Dutch Government over its troop commitment to Afghanistan demonstrates the fragility of European support for the NATO-led ISAF mission. Some NATO states, notably France and Germany, have counted on public apathy about Afghanistan to increase their contributions to the mission, but indifference might turn into active hostility if spring and summer fighting results in an upsurge in military or Afghan civilian casualties and if a Dutchstyle debate spills over into other states contributing troops. The Red Cell invited a CIA expert on strategic communication and analysts following public opinion at the State Department's Bureau of Intelligence and Research (INR) to consider information approaches that might better link the Afghan mission to the priorities of French, German, and other Western European publics. (C//NF)

Public Apathy Enables Leaders To Ignore Voters ... (C//NF)

The Afghanistan mission's low public salience has allowed French and German leaders to disregard popular opposition and steadily increase their troop contributions to the International Security Assistance Force (ISAF). Berlin and Paris currently maintain the third and fourth highest ISAF troop levels, despite the opposition of 80 percent of German and French respondents to increased ISAF deployments, according to INR polling in fall 2009.

- Only a fraction (0.1-1.3 percent) of French and German respondents identified "Afghanistan" as the most urgent issue facing their nation in an open-ended question, according to the same polling. These publics ranked "stabilizing Afghanistan" as among the lowest priorities for US and European leaders, according to polls by the German Marshall Fund (GMF) over the past two years.
- According to INR polling in the fall of 2009, the view that the Afghanistan mission is a waste of resources and "not our problem" was cited as the most common reason for opposing ISAF by German respondents and was the second most common reason by French respondents. But the "not our problem" sentiment also suggests that, so far, sending troops to Afghanistan is not yet on most voters' radar. (C//NF)

... But Casualties Could Precipitate Backlash (C//NF)

If some forecasts of a bloody summer in Afghanistan come to pass, passive French and German dislike of their troop presence could turn into active and politically potent hostility. The tone of previous debate suggests that a spike in French or German casualties or in Afghan civilian casualties could become a tipping point in converting passive opposition into active calls for immediate withdrawal. (C//NF)

French and German commitments to NATO are a safeguard against a precipitous departure, but leaders fearing a backlash ahead of spring regional elections might become unwilling to pay a political price for increasing troop levels or extending deployments. If domestic politics forces the Dutch to depart, politicians elsewhere might cite a precedent for "listening to the voters." French and German leaders have over the past two years taken

steps to preempt an upsurge of opposition but their vulnerability may be higher now:

- To strengthen support, President Sarkozy called on the National Assembly – whose approval is not required for ISAF – to affirm the French mission after the combat deaths of 10 soldiers in August 2008. The government won the vote handily, defusing a potential crisis and giving Sarkozy cover to deploy approximately 3,000 additional troops. Sarkozy, however, may now be more vulnerable to an upsurge in casualties because his party faces key regional elections this March and the already low support for ISAF has fallen by one-third since March 2009, according to INR polling in the fall of 2009.
- Political fallout from the German-ordered Kunduz airstrike in September 2009 which killed dozens of Afghan civilians, demonstrated the potential pressure on the German Government when Afghanistan issues come up on the public radar. Concern about the potential effects of Afghanistan issues on the state-level election in North Rhine-Westphalia in May 2010 could make Chancellor Merkel – who has shown an unwillingness to expend political capital on Afghanistan – more hesitant about increasing or even sustaining Germany's ISAF contributions. (C//NF)

Tailoring Messaging Could Forestall or At Least Contain Backlash (C//NF)

Western European publics might be better prepared to tolerate a spring and summer of greater military and civilian casualties if they perceive clear connections between outcomes in Afghanistan and their own priorities. A consistent and iterative strategic communication program across NATO troop contributors that taps into the key concerns of specific Western European audiences could provide a buffer if today's apathy becomes tomorrow's opposition to ISAF, giving politicians greater scope to support deployments to Afghanistan. (C//NF)

French Focused On Civilians and Refugees

Focusing on a message that ISAF benefits Afghan civilians and citing examples of concrete gains could limit and perhaps even reverse opposition to the mission. Such tailored messages could tap into acute French concern for civilians and refugees. Those who support ISAF in INR surveys from fall 2009 most frequently cited their perception that the mission helps Afghan civilians, while opponents most commonly argued that the mission hurts civilians. Contradicting the "ISAF does more harm than good" perception is clearly important, particularly for France's Muslim minority:

- Highlighting Afghans' broad support for ISAF could underscore the mission's positive impact on civilians. About two-thirds of Afghans support the presence of ISAF forces in Afghanistan, according to a reliable ABC/BBC/ADR poll conducted in December 2009. According to INR polling in fall 2009, those French and German respondents who believed that the Afghan people oppose ISAF – 48 percent and 52 percent, respectively – were more likely than others to oppose participation in the mission.
- Conversely, messaging that dramatizes the potential adverse consequences of an ISAF defeat for Afghan civilians could leverage French (and other European) guilt for abandoning them. The prospect of the Taliban rolling back hard-won progress on girls' education could provoke French indignation, become a rallying point for France's largely secular public, and give voters a reason to support a good and necessary cause despite casualties.
- The media controversy generated by Paris's decision to expel 12 Afghan refugees

in late 2009 suggests that stories about the plight of Afghan refugees are likely to resonate with French audiences. The French government has already made combating Afghan human trafficking networks a priority and would probably support an information campaign that a NATO defeat in Afghanistan could precipitate a refugee crisis. (C//NF)

Germans Worried About Price And Principle Of ISAF Mission.

German opponents of ISAF worry that a war in Afghanistan is a waste of resources, not a German problem, and objectionable in principle, judging from an INR poll in the fall of 2009. Some German opposition to ISAF might be muted by proof of progress on the ground, warnings about the potential consequences for Germany of a defeat, and reassurances that Germany is a valued partner in a necessary NATO-led mission.

- Underscoring the contradiction between German pessimism about ISAF and Afghan optimism about the mission's progress could challenge skeptics' assertions that the mission is a waste of resources. The same ABC/BBC/ADR poll revealed that 70 percent of Afghans thought their country was heading in the right direction and would improve in 2010, while a 2009 GMF poll showed that about the same proportion of German respondents were pessimistic about ever stabilizing Afghanistan.
- Messages that dramatize the consequences of a NATO defeat for specific German interests could counter the widely held perception that Afghanistan is not Germany's problem. For example, messages that illustrate how a defeat in Afghanistan could heighten Germany's exposure to terrorism, opium, and refugees might help to make the war more salient to skeptics.
- Emphasis on the mission's multilateral and humanitarian aspects could help ease Germans' concerns about waging any kind of war while appealing to their desire to support multilateral efforts. Despite their allergy to armed conflict, Germans were willing to break precedent and use force in the Balkans in the 1990s to show commitment to their NATO allies. German respondents cited helping their allies as one of the most compelling reasons for supporting ISAF, according to an INR poll in the fall of 2009. (C//NF)

Appeals by President Obama and Afghan Women Might Gain Traction (C//NF)

The confidence of the French and German publics in President Obama's ability to handle foreign affairs in general and Afghanistan in particular suggest that they would be receptive to his direct affirmation of their importance to the ISAF mission – and sensitive to direct expressions of disappointment in allies who do not help. (Note 1: European hand wringing about the President's lack of attendance at a EU summit and commentary that his absence showed that Europe counted for less suggests that worry about European standing with Washington might provide at least some leverage for sustaining contributions to ISAF. (C//NF))

- According to a GMF poll conducted in June 2009, about 90 percent of French and German respondents were confident in the President's ability to handle foreign policies. The same poll revealed that 82 percent of French and 74 percent of German respondents were confident in the President's ability to stabilize Afghanistan, although the subsequent wait for the US surge strategy may have eroded some of this confidence.
- The same poll also found that, when respondents were reminded that President

Obama himself had asked for increased deployments to Afghanistan, their support for granting this request increased dramatically, from 4 to 15 percent among French respondents and from 7 to 13 percent among Germans. The total percentages may be small but they suggest significant sensitivity to disappointing a president seen as broadly in sync with European concerns. (C//NF)

Afghan women could serve as ideal messengers in humanizing the ISAF role in combating the Taliban because of women's ability to speak personally and credibly about their experiences under the Taliban, their aspirations for the future, and their fears of a Taliban victory. Outreach initiatives that create media opportunities for Afghan women to share their stories with French, German, and other European women could help to overcome pervasive skepticism among women in Western Europe toward the ISAF mission.

- According to INR polling in the fall of 2009, French women are 8 percentage points less likely to support the mission than are men, and German women are 22 percentage points less likely to support the war than are men.
- Media events that feature testimonials by Afghan women would probably be most effective if broadcast on programs that have large and disproportionately female audiences. (C//NF)

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern